

Hat die Jugend *eine* Stimme?

Fridays for Future und Auszubildende im Krisenklima

Luca Karg & Maurice Laßhof ¹

Zusammenfassung

Ist Fridays for Future die Stimme der jungen Generation? Hält das diskursiv getragene Bild *einer* „Klimajugend“ einem empirischen Vergleich von Fridays for Future und Auszubildenden in der Automobilindustrie stand? Ihre (Klima-)Krisenwahrnehmungen und -empfindungen sowie ihre politischen Einstellungen werden anhand von drei Thesen diskutiert.

Die Corona-Pandemie bestimmt seit einem halben Jahr das politische und mediale Geschehen. Gleichzeitig hat die junge Klimabewegung, die unter dem Motto „Fridays for Future“ (FfF) bis zum Lockdown freitags auf den Straßen für den Klimaschutz streikte, an medialer Aufmerksamkeit eingebüßt. Dennoch ist die Klimakrise nach wie vor die zentrale Arena politischer Auseinandersetzungen. Seitdem Greta Thunberg am 20. August 2018 zum ersten Mal vor dem schwedischen Parlament für mehr Klimaschutz demonstrierte, hat der Begriff „Klimakrise“ im Diskurs des deutschen Parlaments an Prominenz gewonnen: 2019 tauchte der Terminus in den Debatten des Deutschen Bundestags in Relation zu 100.000 gesprochenen Worten doppelt so oft auf wie noch im Jahr 2017 (vgl. Zeit, 2020a).

FfF macht die Erfahrung, dass deren Proteste zwar gesellschaftliche sowie politische Aufmerksamkeit erfahren – radikale Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels fehlen nach wie vor. Der politische *Modus Operandi* der Regierungsparteien in Deutschland entspricht vielmehr der Kombination einer beständigen Externalisierung



Luca Karg

Wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Soziologie, Lehrstuhl: Arbeits- Organisations- und Wirtschaftssoziologie, Prof. Dr. Ulrich Brinkmann. Technische Universität Darmstadt.



Maurice Laßhof

Wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Soziologie, Lehrstuhl: Arbeits- Organisations- und Wirtschaftssoziologie, Prof. Dr. Ulrich Brinkmann. Technische Universität Darmstadt.

von Umweltkosten samt *marginaler* ökologischer wie sozialer Anpassungen und Zugeständnisse. Damit reagieren *Union* und *SPD* verhalten und in austeritäts- und marktzentrierter Logik auf die Herausforderungen der Klimakrise.

Im Gegensatz dazu hat die Große Koalition zur Rettung der Wirtschaft in der Corona-Pandemie 130 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Das am 3. Juni 2020 verabschiedete „Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket“ beinhaltet zwar auch sozialpolitische Leistungen wie die einmalige Kinderbonus-Zahlung sowie 50 Milliarden Euro, die für die Modernisierung des Landes vorgesehen sind, jedoch fließt der Großteil der bereitgestellten Mittel in die Wirtschaft (vgl. BMF, 2020) – wovon vor allem Großkonzerne profitieren. Aus Sicht der deutschen FfF-Sektion mangelt es an Kopplungen zwischen der konjunkturellen Krisenhilfe und Auflagen zur Erreichung der Klimaziele. Luisa Neubauer (2020), Kopf der deutschen FfF-Bewegung, kritisiert vor allem das Fehlen eines Mechanismus, „der ermöglicht, dass die Maßnahmen unterm Strich zu einer effektiven Emissionsreduktion führen, wie es für die Einhaltung des Paris-Abkommens nötig wäre – oder verhindert, dass die Emissionen im schlimmsten Fall wieder steigen.“ Demnach fasst sie die Maßnahmen der Bundesregierung als „ein Konjunkturpaket, das um wirklich jeden Preis, irgendeine Form des Wirtschaftswachstums antreiben möchte – und die Förderung von etwas weniger klimaschädlichen Sektoren als Klimaschutz deklariert“ zusammen (ebd.).

1 Fridays for Future: Die Stimme der jungen Generation?

Auch wenn die akute Corona-Pandemie und der Shutdown der Wirtschaft die Forderungen der Klimaaktivist*innen zurzeit überschatten, so hat es FfF dennoch geschafft, dass die Klimakrise mittlerweile vollends im Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit angelangt ist. Das soziale Aufbegehren der Schüler*innen und Studierenden erreichte in der Hochphase eine enorme mediale Aufmerksamkeit, die den Eindruck erweckte: Die Fridays for Future Bewegung vertritt die Stimme der jungen Generation. In einer Umfrage des forsa-Instituts stimmten 70 Prozent der befragten Schüler*innen und Studierenden der Einschätzung zu – 56 Prozent der befragten Azubis und jungen Erwerbstätigen lehnten sie hingegen ab (vgl. Focus, 2019). Das diskursiv getragene Bild der FfF-Bewegung als die symbolische Interessenvertretung einer vermeintlich homogenen Jugend manifestiert sich zudem semantisch, wie in dem zuletzt von der Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (für den deutschschweizer Raum) vorgestellte Wort des Jahres 2019 „Klimajugend“ (ZHAW, 2019).

Doch die Umfrageergebnisse des forsa-Instituts zeigen, dass das postulierte Narrativ trügt: Die Mehrheit der befragten Azubis fühlt sich *nicht* durch Fridays for Future vertreten. Vermeintliche Konvergenzen hinsichtlich der Einstellungen junger Menschen sollten demnach mit Skepsis betrachtet werden; Azubis sind anders vom gesellschaftlichen Umgang mit der Krise betroffen als Schüler*innen und Studierende.

1.1 Ergebnisse einer empirischen Studie

In einer eigenen Erhebung sind wir dem Problem nachgegangen und haben Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen FfF-Aktivist*innen und Azubis in der Automobilindustrie empirisch untersucht. Dafür wurde ein Forschungsdesign verwendet, dass die quantitative und qualitative Befragung der Untersuchungsgruppen mit der Methode der teilnehmenden Beobachtung verbindet.²

Die Erhebung untersucht die Sichtweise der FfF-Demonstrant*innen (n = 483) sowie der Azubis der Automobilproduzenten Opel im Werk Rüsselsheim und Volkswagen in Kassel-Baunatal (n = 216) auf die (Klima-)Krise. Außerdem wurden die Jugendgruppen zu ihren (Klima-)Krisen Wahrnehmungen und Empfindungen sowie zu ihren politischen Einstellungen befragt. Die quantitative Erhebung wurde beim *Global Climate Strike* am 20. September 2019 in Darmstadt sowie bei Jugendversammlungen der Automobilproduzenten am 11. Oktober 2019 und 6. Dezember 2019 durchgeführt. Aufgrund der Corona-Pandemie erstrecken sich die problemzentrierten Interviews über einen Zeitraum von Januar bis August 2020. Das Erhebungsdesign beansprucht keine Repräsentativität, da es mit Blick auf FfF keine Daten über die Grundgesamtheit des Samples gibt. Nichtsdestotrotz erlaubt das Forschungsdesign und die für eine quantitative Erhebung vergleichsweise hohen Fallzahlen insgesamt recht präzise analytische Schlüsse zu ziehen und generalisierbare Aussagen zu treffen. Die hier vorgestellten Ergebnisse werden anhand von drei Thesen diskutiert:

Heterogenitätsthese: Trotz vieler Gemeinsamkeiten in der Perzeption der (Klima-)Krise ist Fridays for Future nicht der Stellvertreter für die politischen Interessen „der Jugend“. Die Belange der befragten Jugendgruppen spalten sich am Konfliktthema um Beschäftigungssicherung sowie über eine differente Betroffenheit durch Prekarisierung.

Spaltungsthese: Fridays for Future ist innerhalb der basisdemokratischen Organisation gespalten. Während der eine Teil den individuellen Konsum kritisiert, fordert der andere Teil einen *Systemchange*.

Repräsentationsthese: Sowohl Fridays for Future als auch Auszubildende aus der Automobilindustrie sehen sich in einer postdemokratischen Krise der politischen Repräsentation.

2 Prekarität trotz Ausbildung

Der Shutdown im Zuge der Corona-Pandemie hat auch vor der Automobilbranche nicht halt gemacht. Doch die Ausbildungsverhältnisse bei den Automobilproduzenten Opel im Werk Rüsselsheim und Volkswagen Kassel-Baunatal waren schon vor dem Konjunktureenbruch enormen Umstrukturierungsprozessen im Zuge der Branchen-Transformation und eigenen unternehmensspezifischen Krisen ausgesetzt, welche die Ausbildungsbedingung belasten. Hinzu kommt die von FfF geforderte Abkehr vom Verbrennungsmotor und dem motorisierten Individualverkehr, die zusätzlich zur

Transformation und den Unternehmenskrisen die Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Automobilindustrie bedroht. Die Azubis sehen sich im Kontext der Klima- und Transformationskrise – im Vergleich zu den FfF-Aktivist*innen – einer doppelten Risikolage ausgesetzt: „Im Zeitalter des ‚Kapitalozän‘ (Elmar Altvater), in dem die grenzenlose Kapitalakkumulation die Grenzen planetarischer Leistungsfähigkeit zu überschreiten droht, verbinden sich für die abhängig Arbeitenden die sozialen Risiken der Lohnarbeiterexistenz mit dem Risiko des Klimakollapses.“ (Urban, 2020, S. 38)

Die Transformation der Branche bedeutet ganz konkret einen Abbau von mindestens 100.000 Arbeitsplätzen in der Kernindustrie (vgl. Bauer et al., 2018). Noch vor dem Beginn der Corona-Pandemie wurden alleine beim Volkswagen Konzern 23.000 Stellen abgebaut. Zwar ist geplant gleichzeitig 9.000 Stellen aufzubauen, jedoch bedeutet dies immer noch ein Nettoverlust von 14.000 Arbeitsplätzen. Für das Werk der befragten Azubis in Kassel-Baunatal ist ein Abbau von 4.000 Stellen vorgesehen. Der selbstverschuldete „Diesel-Gate“ und die verschlafene E-Mobilität haben die Volkswagen AG, abgesehen von dramatischen Imageeinbußen, nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur jährlich 1,9 Milliarden Euro gekostet, wofür die Belegschaft zur Kasse gebeten wird – die Manager-Boni bleiben hingegen exorbitant, wie auch die milliardenschweren Dividenden-Ausschüttungen.

Neben der Transformations- und Klimakrise sind die Opelaner seit dem Verkauf an Group Peugeot Société Anonyme (PSA) im Jahr 2017 einem bis dato andauernden Sanierungsregime unterworfen. Seit Mitte 2018 haben von den rund 19.000 Beschäftigten 6.800 einem vorzeitigen „sozialverträglichen“ Ausstieg zugestimmt (vgl. Stahn, 2020, S. 57). Mit dem am 13. Januar 2020 veröffentlichten „Eckpunktepapier“ steht der Abbau von bis zu weiteren 4.100 Arbeitsplätzen zur Disposition (ebd., S. 58). Im Ergebnis würde PSA die gesamte Opel-Belegschaft innerhalb von vier Jahren halbieren. Insbesondere das Stammwerk Rüsselsheim erlebt zahlreiche Umstrukturierungen, Abbaumaßnahmen und Ausgliederungen. Neben dem Verkauf des Entwicklungszentrums, dem Abbau tausender Stellen und Kurzarbeit, plant das Management die Schließung der Schmiede und des Getriebewerks. Außerdem soll die betriebliche Altersvorsorge gekürzt werden. Ein zum Zeitpunkt der Befragung bereits ausgelernter Azubi schildert seine Wahrnehmung der PSA-Übernahme:

„Nach der PSA-Übernahme (...) hat sich auch so ein Gefühl von Angst irgendwie eingeschlichen, weil plötzlich die Stückzahlen eingebrochen sind – es wurden deutlich weniger Autos am Tag produziert. Meine Gruppe ist immer kleiner geworden und plötzlich kamen ganz neue so Instandhaltungskonzepte, die sehr viel Unruhe auch in die Mannschaft gebracht haben. (...) PSA hat uns nicht gekauft, um uns weiterzuführen.“ (I–A1, 18)

Für den Rüsselsheimer Ausbildungsjahrgang 2018 sah PSA zunächst vor, anstatt der üblichen 184 Neueinstellungen zunächst keine Azubis einzustellen. Später einigte man sich auf 60 Neueinstellungen für das Lehrjahr 2018 und 2019. Im Zuge der Verhandlungen um die Einstellungszahlen für 2020 konnten der Betriebsrat und die Jugend- und Auszubildendenvertretung unter weiteren Konzessionen die Einstellung von 120 neuen Azubis bis 2023 und die Übernahmegarantie für die derzeit 300 Azubis erreichen. Die Azubis unterstützten die Verhandlungen durch eine Demonstration vor dem Hessischen Landtag: Mit dem Slogan „Über 150 Jahre Tradition braucht über

150 Azubis!“ erzeugten sie am 23. Mai 2019 mediales Aufsehen (TB–DW). Auch wenn der Appell zur Unterstützung an die anwesenden Fraktionsvertreter*innen wenig Wirkung hatte und der eingebrachte Antrag „Gute Ausbildung bei Opel erhalten“ der Fraktionen *SPD* und *Die Linke* abgelehnt wurde, so hat die Demonstration der Azubis öffentlichen Druck auf Opel und den PSA-Konzern erzeugt. Die Einstellung von 120 Azubis hatte allerdings weiteren Arbeitsplatzabbau und den Verzicht auf das tarifliche Zusatzgeld zur Folge. Die Konzessionen für den Erhalt der Ausbildung schüren Konkurrenz zwischen den Beschäftigten und den Azubis. Zudem erzeugen die Sanierungsoffensive und der Mangel an Informationen große Unsicherheit und das Gefühl von Missachtung unter den Azubis.

„Ich habe oft irgendwas in den Medien gelesen. Meistens wussten es die Medien schon bevor es die Mitarbeiter wussten. Zum Beispiel, dass jetzt die Schmiederei geschlossen werden soll, dass das Getriebewerke geschlossen werden soll. (...) Das waren halt auch negative Informationen über Werkschließung und so weiter und man hat sich halt nicht mehr getraut das persönlich irgendwie zu erzählen. Also da merkt man schon, dass irgendwie der Mensch halt nicht mehr im Fokus ist, sondern es halt nur noch ums Geld geht.“ (I–A4, 20)

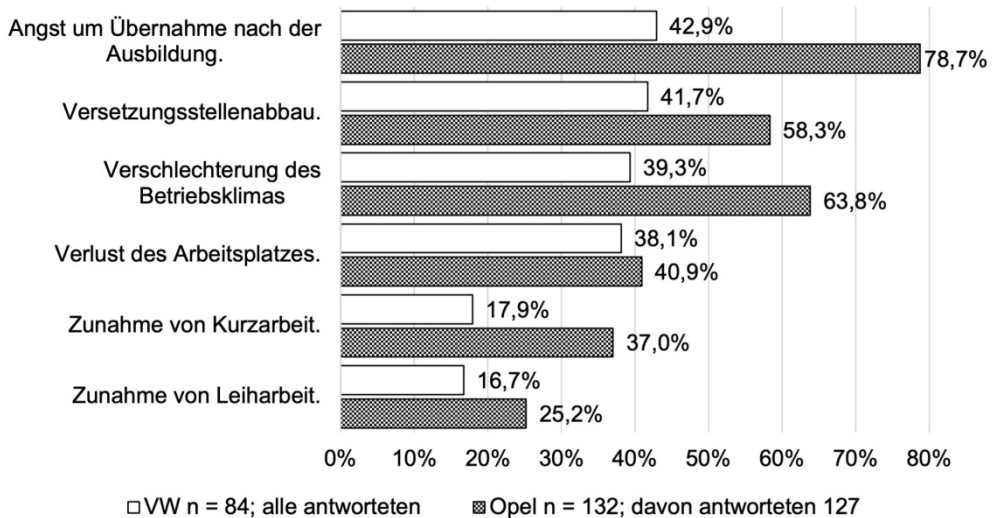
Grundsätzlich erzeugen das Sanierungsregime, permanenter Rationalisierungsdruck, Umstrukturierungen und Kurzarbeit eine Atmosphäre der Verunsicherung und Angst in der Lehrwerkstatt.

Der Vergleich der beiden befragten Azubi-Gruppen zeigt, dass die Krisenherde in der Rüsselsheimer Lehrwerkstatt stärkeren Einfluss auf die Ausbildung üben als bei VW (Abb. 1). Doch sowohl bei Opel als auch bei VW erzeugt die Transformations- und Unternehmenskrise beim Großteil der Azubis (Opel = 78,7 Prozent, VW = 42,9 Prozent) Zukunftsängste, wenn es um die Übernahme nach der Ausbildung geht – und das, obwohl bei beiden Gruppen die Übernahme nach der Ausbildung zum Zeitpunkt der Befragung temporär garantiert wurde.

„Da gibts nen Kündigungsschutz. (...) Das sind ja dann diese vier Jahre auf jeden Fall. Deswegen bin ich in der Zeit schon mal sicher. Aber wenn dann irgendwelche betriebsbedingten Kündigungen kommen und dann nach dem Sozialabbauplan Leute entlassen werden, dann bin ich halt der Erste, der raus ist. Also Gewissheit hat man da jetzt nicht.“ (I–A4, 26)

Weiterhin sind die Verschlechterung des Betriebsklimas, empfundene Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes sowie der Abbau von Versetzungsstellen Ausdruck der Krisen, die den Arbeits- und Ausbildungsplatz beeinflussen.

Abb. 1: Wie beeinflusst die Krise deinen Arbeitsplatz?



3 Wahrnehmungen des Krisenklimas

Unterscheiden sich FfF und Azubis in der Automobilindustrie hinsichtlich ihrer Wahrnehmung der (Klima-)Krise? Die Frage gilt es zu beantworten – schließlich können aus den gewonnenen Erkenntnissen Konfliktpotenziale erkannt und Kooperationsmöglichkeiten abgeleitet werden. Der Vergleich beider Gruppen richtet den Blick auf bestehende Heterogenitäten, unterzieht sie einer umfänglichen Inspektion und erlaubt es anschließend, das jeweilige Empfinden politischer Partizipation auf Momente der *Postdemokratie* (vgl. Crouch, 2008) zu untersuchen. Folgende sozialstrukturelle Zusammenhänge sind auf wesentliche Ergebnisse zusammengefasst; sie ermöglichen eine differenzierte Analyse.

Im Altersvergleich wird eine deutlich jüngere FfF-Sektion erkennbar: 24,8 Prozent der Klimaaktivist*innen respektive knapp unter drei Prozent der Azubis sind gegenwärtig unter 18 Jahren. Im Gros sind die Untersuchungsgruppen zwischen 18 und 21 Jahre alt (FfF = 37 Prozent, Azubis = 54,6 Prozent). Die Umfrage in den betrieblichen Lehrwerkstätten lässt einen klaren Überhang an Männern erkennen (74 Prozent, Frauen 26 Prozent); an der FfF-Erhebung nahmen 56 Prozent Frauen und 44 Prozent Männer teil. 41 Prozent der Azubis gaben als höchsten zurückliegenden Bildungsabschluss das Abitur an; 29,7 Prozent besitzen die Mittlere Reife und 23,6 Prozent die Fachhochschulreife. Die FfF-Demonstrant*innen streben aktuell einen insgesamt hohen Bildungsabschluss an: 38 Prozent gehen auf das Abitur zu, 35,1 Prozent auf den Bachelor-Abschluss. Lediglich ein kumulierter Anteil von 12 Prozent strebt einen niedrigeren Bildungsabschluss an.

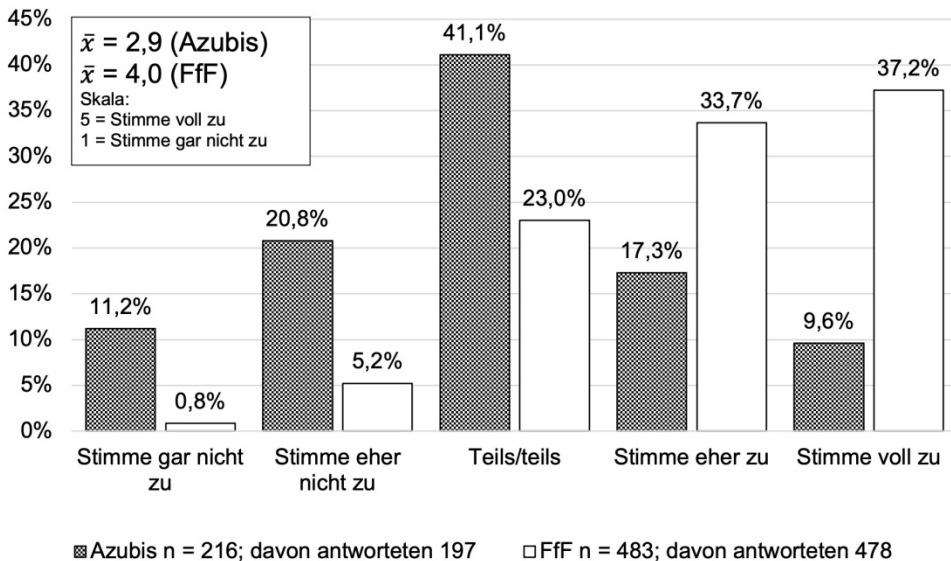
Die angeführte *Heterogenitätsthese* verweist nicht nur auf divergierende Belange der befragten Jugendgruppen, sondern auch auf grundlegende Gemeinsamkeiten. Die Er-

gebnisse der Frage „Wie wichtig sind dir folgende Themen?“ lassen ein kongruentes Meinungsbild erkennen: Rassismus, Klimakrise, Bildung, Infrastruktur sowie die Armut- und Reichtumsverteilung sind Kernthemen ihrer politischen Interessen. Auch erste Differenzlinien zeichnen sich ab: Während die Klimarettung für die FfF oberste Priorität hat, ist die hierfür notwendige gesellschaftliche Bearbeitung für die Azubis bloß eine unter vielen wichtigen Aufgaben.

FfF vertritt *nicht* die Stimme der jungen Generation. Die Annahme einer vermeintlichen Homogenität ihrer Belange übertönt die sozialstrukturelle Gebundenheit der zugrundeliegenden Einstellungen. Die Zustimmungsergebnisse für das Statement „Umweltschutz ist wichtiger als der Erhalt von Arbeitsplätzen“ (Abb. 2) lassen tiefer blicken: 70,9 Prozent von FfF stimmen dieser Aussage eher bzw. voll zu. Der arithmetische Mittelwert liegt bei $\bar{x} = 4,0$. Hingegen sind es die Azubis, die sich akut wie künftig von den tiefen strukturellen Umbrüchen einer ökologischen Transformation betroffen sehen. Ihr arithmetischer Mittelwert von $\bar{x} = 2,9$ verdeutlicht: Sie erkennen die politische Bedeutung der Klimakrise, doch sind ebenso sensibel für die sozialen (oder ganz persönlichen) Folgen einer neuen Klimapolitik. Konkret stehen ihre Arbeitsplätze auf dem Spiel. Der hohe Zustimmungswert für die Mittelkategorie „Teils/teils“ (41,1 Prozent) verdeutlicht die Dissonanz hinsichtlich des als richtig empfundenen Umgangs mit der Klimakrise. Ihre Indifferenz resultiert aus den jüngsten Prekaritäts-Erfahrungen in einer von multiplen Krisen und Transformationsprozessen betroffenen Ausbildung. Für FfF hat die Einhaltung der Pariser Klimaziele höchste Priorität. Sie richten ihre Forderungen an Politiker*innen und sehen sie in zentraler Verantwortung. Bei lohnabhängig Beschäftigten stoßen diese Forderungen nur begrenzt auf Resonanz, teilweise auf Skepsis (TB–JR; TB–vVD). Es ist auch den unterschiedlichen politischen Kulturen geschuldet, dass die Wahrnehmung und schließlich das Verständnis der jungen Ökologiebewegung für gewerkschaftliche Kämpfe weiterhin schwach ist (TB–DR; TB–vVD).

Nicht erst am Konfliktherd um Beschäftigungssicherung spalten sich die Belange von FfF und den Azubis. Der Exkurs in die Grundzüge der Prekarisierung lohnt an dieser Stelle: Als Castel 2009 den Befund einer „Wiederkehr der sozialen Unsicherheit“ vorlegte, hatte er ein Hauptmerkmal der gesellschaftlichen Entwicklung der Länder Westeuropas vor Augen. Er sah, dass es vor dem Hintergrund der sozialen „Kompromissstruktur“ (Brinkmann & Nachtwey, 2017, S. 25) des Fordismus und bis in die 1970er Jahre hinein gelang, an das Lohnarbeitsverhältnis gekoppelte Unsicherheitsdynamiken zu entschärfen. Das Spannungsverhältnis von Kapitalismus und Demokratie wurde partiell austariert (vgl. Brinkmann, Hassan-Beik & Zappino, 2020, S. 23). Die Lohnarbeit wurde zu *dem* zentralen Integrationsfaktor der Gesellschaft (vgl. Dörre, 2009, S. 39). Der Kern seiner These: der Prozess verkehrt sich seit jeher. Die Dominanz der Märkte entspricht einem neoliberalen Umbau der kollektiven Absicherung des „Sozialeigentums“ (Castel, 2000, S. 264). Die Re-Individualisierung des sozialen Risikos drückt sich in blockierten Aufstiegs Optionen bei gleichzeitigen Abstiegsängsten aus. Castel sieht in ihr die Quelle der Wiederkehr sozialer Unsicherheit (vgl. Castel, 2009).

Abb. 2: „Umweltschutz ist wichtiger als der Erhalt von Arbeitsplätzen“



Die Zustimmungsergebnisse zu dem Statement „Ich habe Angst vor Sozialabbau“ (Abb. 3) bestärken die Annahme einer zunehmenden Prekarisierung durch Lohnarbeit, die sich inmitten der Transformations- und Unternehmenskrise auch in der Ausbildung zeigt: Während 54,8 Prozent der Azubis „viel“ bzw. „sehr viel“ Angst vor einem Sozialabbau haben, sind es bei den jungen Klimaaktivist*innen 32,4 Prozent. Der Markt als zentraler Vergesellschaftungsmodus provoziert gerade bei den Azubis mehrheitlich Ängste; der Strukturwandel hat sie lebensweltlich erfasst.

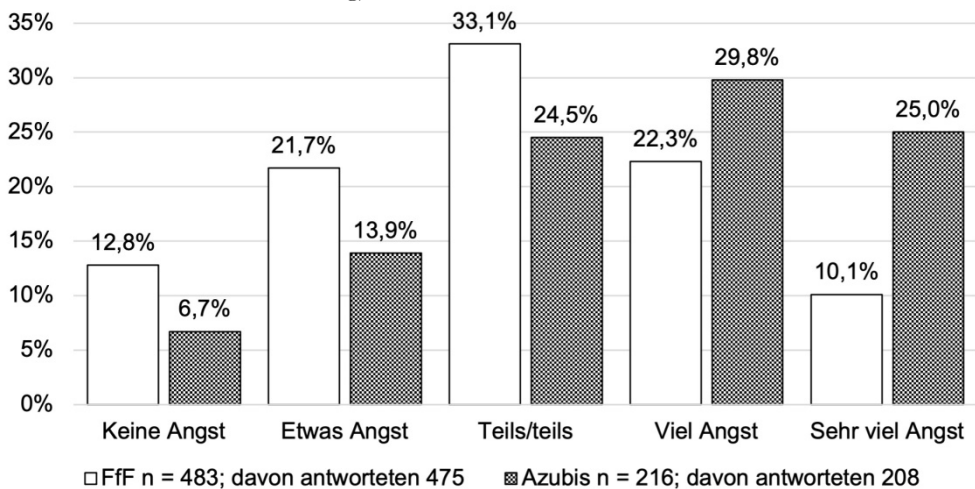
Die Ergebnisse fundieren die aufgestellte *Heterogenitätsthese*. Mitnichten darf FfF als Stellvertreter der vermeintlich homogenen Jugend, ihrer Einstellungen und Forderungen begriffen werden. Zwar sind für sie die gleichen politischen Themen relevant, jedoch zeigt sich ihre Heterogenität im Spannungsverhältnis von Beschäftigungssicherung und Klimaschutz sowie einer unterschiedlichen Betroffenheit durch Prekarität. Während die Krisenlage der Azubis eine umfängliche soziale Kompensation der ökologischen Transformation perspektivisch erfordert, wird diese von FfF zwar zugestanden, jedoch dem Primat der Umsetzung ihrer Klimaforderungen untergeordnet.

4 Konsumkritik oder Systemchange?

Eine veränderte Klimapolitik hätte ungleiche Folgen für die befragten Jugendgruppen. Grundlegende Übereinstimmung besteht jedoch über getroffene Schuldzuschreibungen für die Klimakrise: Sowohl FfF wie auch die Azubis quittieren der „Politik“, dem Lebensstil der Bevölkerung und insbesondere Großkonzernen „viel“, gar „sehr viel“ Schuld an der Klimakrise. Unisono erkennen sie ebenso die gesellschaftlichen Trieb-

kräfte, die ungleich verteilte gesellschaftliche Macht: Großkonzernen wird „viel“ Macht attestiert; im Ranking folgen Medien – anschließend Parteien. Flankiert wird die geteilte Einschätzung der relativen Dominanz ökonomischer Interessen von einem empfundenen Defizit eigener Handlungsmöglichkeiten. Sie verstehen sich nicht als ohnmächtig, doch bewerten sie die Potenziale um eigene gesellschaftliche Einflussnahme als weitaus geringer. Dem kapitalistischen Wirtschaftssystem bringen beide Gruppen ein grundsätzliches Misstrauen entgegen: 53,5 Prozent der Klimademonstrant*innen und 42,9 Prozent der Azubis gaben an, „wenig Vertrauen“ darin zu haben. Weitere 39,4 Prozent der FfF-Aktivist*innen und 33,7 Prozent der Azubis antworteten mit „Teils/teils“. Somit kann eine fundamental sozialkritische Einstellung beiden Gruppen zugesprochen werden, deutlicher zeichnet sie sich aber bei FfF ab. Mit Blick auf das Antwortverhalten der Occupy-Bewegung aus der empirischen Studie von Brinkmann, Nachtwey & Décieux (2013, S. 24) verweist das gemessene Misstrauen auf eine Persistenz kapitalismuskritischer Einstellungen.

Abb. 3: Angst vor Sozialabbau (z.B. Rente, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung)



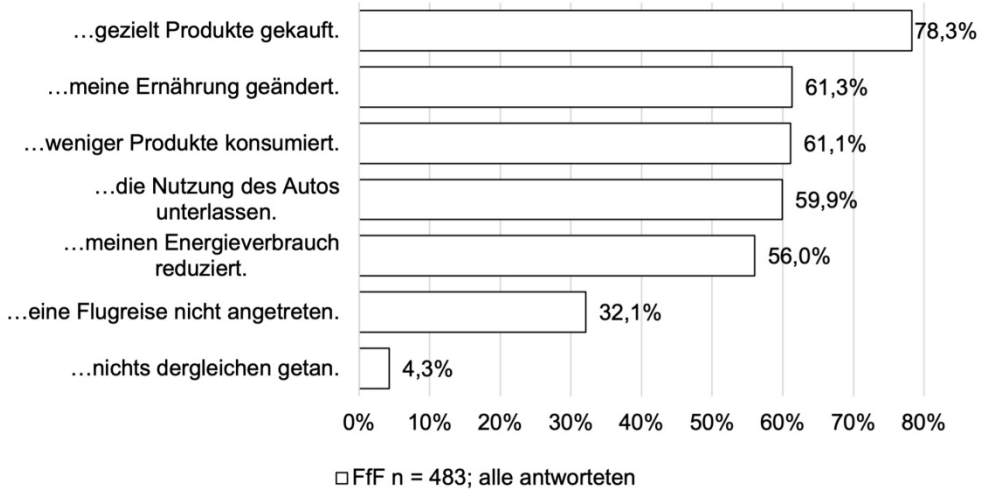
Lautstark kritisiert FfF die ökonomisch und politisch Mächtigen. Jedoch manifestieren sich zunehmend Spannungen in der basisdemokratisch organisierten Bewegung: Sie setzt sich aus heterogenen Positionen und einer Fülle an teilnehmenden Gruppierungen zusammen, die sich in ihrer jeweiligen inhaltlichen Programmatik unterscheiden. Anhand der erhobenen Daten lässt sich die angeführte *Spaltungsthese* empirisch fundiert thematisieren.

Einerseits machen kapitalismuskritische Fraktionen den expansiven Charakter der kapitalistischen Produktionsweise für die Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen verantwortlich.

„Also die deutsche Wirtschafts- oder kapitalistische Wirtschaft ist ja auf Wachstum ausgelegt und auf immer größeren Reichtum und auf mehr, mehr. (...) Der Kapitalismus müsste sich wandeln, damit der Klimawandel dahingehend bisschen gestoppt wird. Oder zumindest abgebremst wird, weil immer mehr Wachstum funktioniert einfach nicht.“ (I-F6, 36)

Jedoch sind solche Positionen in der Minderheit. Konsumkritische Sektionen sehen vielmehr individuelles Umsteuern gefragt. Die Vorstellung, Klimaschutz sei v.a. eine Frage des Lebensstils, zeichnet sich in den Daten klar ab: 78,3 Prozent der jungen Klimaaktivist*innen haben bereits aus politischen, ethischen oder ökologischen Gründen gezielt Produkte gekauft; 61,1 Prozent konsumierten gar weniger (Abb. 4). Der Appell um eine klimagerechte Anpassung des individuellen Konsumverhaltens ist ein Grundtenor bei öffentlichen Veranstaltungen (TB–KD; TB–DR).

Abb. 4: „Ich habe aus politischen, ethischen oder ökologischen Gründen ...“



Die konstatierte Spannung zwischen Kapitalismus- und Konsumkritik spiegelt sich auch in den Forderungen der Bewegung an die Politik. Gemeinsam mit zahlreichen Wissenschaftler*innen hat FfF eine konkrete Programmatik ausgearbeitet: Um die Pariser Klimaziele einzuhalten und die globale Erwärmung auf unter 1,5° Celsius zu begrenzen, fordern sie eine Reduktion der CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2035 auf Nettonull sowie gleichzeitige Umstellung der Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energieträger (vgl. Fridays for Future, 2020). Zur Überwindung der Klimakrise drängt die deutsche FfF-Sektion auf eine CO₂-Bepreisung von 180 Euro pro ausgestoßene Tonne. Mangels eines politischen Gesamtplans setzen sie damit, und wenn auch bloß akut, auf Marktmechanismen. Aus Teilen der Basis ertönt jedoch der Ruf nach einem *Systemchange*. Eine interne Auseinandersetzung wird darüber entscheiden, inwieweit er sich in den Forderungen sowie im politischen Aktivismus durchsetzt und bestehende *Spaltungen* auflöst.

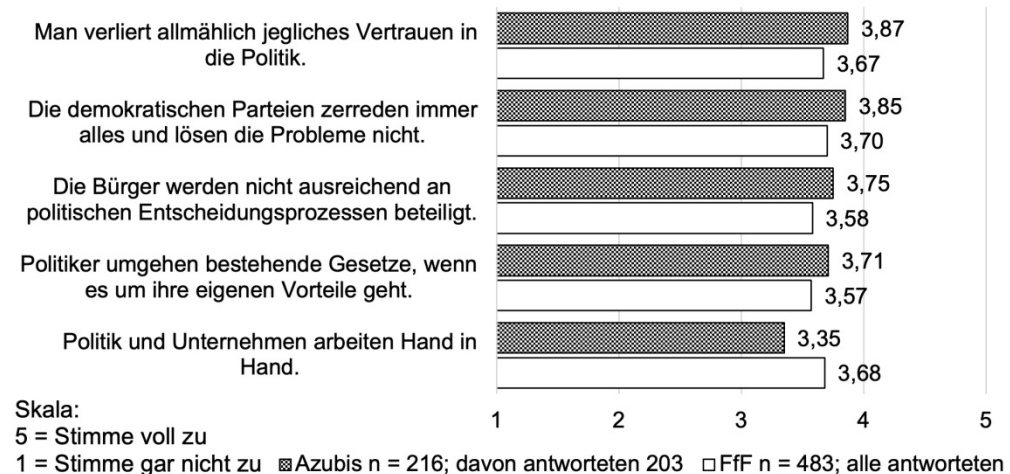
5 Repräsentationskrise in der Postdemokratie

FfF und die Azubis teilen die Erfahrung, dass ihre Proteste – sei es für die Rettung des Klimas oder der Ausbildung – zwar in der Öffentlichkeit Gehör und Unterstützung finden, jedoch auf taube Ohren in den Parlamenten stoßen.

„Also ich sehe schon, dass wir zum Nachdenken angeregt haben, aber die Resultate sind nicht im Verhältnis zu den Menschen, die auf der Straße sind oder die politisch oder gesellschaftlichen Druck auf die Politik ausüben. Und für mich passt das Verhältnis von gesellschaftlicher Einigkeit eigentlich über wir müssen was tun beim Klimaschutz und der Politik der Bundesregierung, dass wir offensichtlich viel zu wenig tun irgendwie nicht zusammen.“ (I-F2, 24)

Bereits 2004 beschreibt Crouch die Entwertung und Aushöhlung des parlamentarischen Repräsentativsystems mit dem Begriff *Postdemokratie*. Seine Zeitdiagnose analysiert „ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, daß Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt. (...) Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“ (Crouch, 2008, S. 10)

Abb. 5: Zustimmungswerte zu postdemokratischen Aussagen (Mittelwerte)



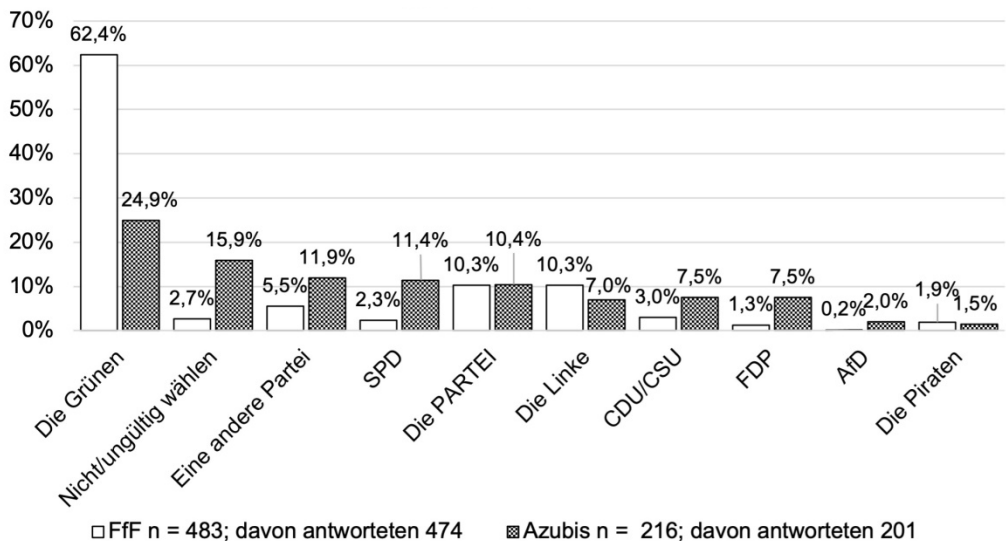
Die geteilte Wahrnehmung der befragten Jugendgruppen über fehlende politische Maßnahmen und Repräsentanz erzeugt ein starkes Misstrauen gegenüber der Handlungsfähigkeit von Politiker*innen: 72,2 Prozent der befragten FfF-Demonstrant*innen und 73,4 Prozent der Azubis gaben an „wenig Vertrauen“ in das Handeln der demokratisch gewählten Politiker*innen zu haben. Lediglich 5 Prozent der Klimaaktivist*innen und 6,4 Prozent der Azubis sprechen ihnen „viel Vertrauen“ zu. Damit attestieren sie den repräsentativen Vertreter*innen des *demos* politisches Versagen. Die Zustimmungsergebnisse zu folgenden Aussagen (alle Statements wurden nach Brinkmann, Nachtwey & Décieux [2013] anhand der Postdemokratie-These operationalisiert) untermauern das Misstrauen in Politiker*innen sowie deren Parteien und offenbaren postdemokratische Erosionserscheinungen (Abb. 5).

Die geteilte Erfahrung der befragten Jugendgruppen, dass ihr Aufbegehren und ihre Forderungen auf politische Missachtung, empfundene Handlungsunfähigkeit und

fehlende Maßnahmen stoßen, hat eine Entfremdung von Politiker*innen zur Folge. Mit Blick auf die *Repräsentationsthese* zeichnet sich eine postdemokratische Krise der politischen Repräsentation ab.

Dies zeigt sich ebenfalls in der Sonntagsumfrage³ (Abb. 6).⁴ Die befragten Jugendgruppen strafen mit ihren Wahlentscheidungen die aktuelle Bundesregierung deutlich ab: Sowohl die *Union* als auch die *SPD* würden den Einzug in den Bundestag nicht erreichen. Bei FfF erreicht die Große Koalition gerade einmal 5,3 Prozent. *Die Grünen* gehen vor allem bei den FfF-Demonstrant*innen mit 62,4 Prozent als klare Gewinner hervor und auch die Azubis sprechen ihnen mit 24,9 Prozent die meisten Stimmen zu.

Abb. 6: Sonntagsfrage



Die FfF-Aktivist*innen bewahren allerdings eine skeptische Distanz zu *Den Grünen* und nehmen sie lediglich als kleineres (Klima-)Übel wahr:

„Also ich denke (...) mit keiner Partei und ihrem Klimaprogramm können wir die Pariser Klimaziele einhalten. Aber ich (...) würde das nicht so offen sagen, weil viele denken, dass Fridays for Future kleine Wahlkämpfer sind von den Grünen, was halt offensichtlich nicht so ist. Weil auch mit dem Klimaprogramm der Grünen können wir die Pariser Klimaziele nicht einhalten.“ (I-F2, 34)

Es scheint demnach nicht verwunderlich, dass fünf FfF-Aktivist*innen ihre Bereitschaft für eine Bundestagskandidatur erklären. Allen voran Jakob Blasel, der in einem Interview mit der *Zeit* kritisiert: „Wir haben als Fridays for Future bitter feststellen müssen, dass die Regierung trotz aller Warnungen und Proteste nicht handelt. Wir brauchen einen direkten Draht ins Parlament.“ (*Zeit*, 2020b)

Deutlich wird auch, dass ein Großteil der Azubis keine der etablierten Parteien wählen würde. Im Gegenteil: 38,2 Prozent würden „Nicht/ungültig“, „Eine andere Partei“ oder *Die PARTEI* wählen. Offensichtlich mangelt es ihnen an wählbaren und

vertrauenswürdigen politischen Alternativen, die sich den Problemen der Azubis annehmen und deren Interessen vertreten.

5.1 Gefahren und Folgen der Repräsentationskrise

Der politische Aktivismus beider Jugendgruppen zeigt, dass es sich bei ihren Einschätzungen und Wahlverhalten *nicht* um eine Politikverdrossenheit als solche handelt, sondern um eine Verdrossenheit mit der vorfindbaren Politik der Parteien. Vor allem die Klimademonstrant*innen haben Vertrauen in das System der repräsentativen Demokratie: Der Großteil von 57,9 Prozent bringt „viel Vertrauen“ auf. Unter den Azubis haben gerade noch 32 Prozent „viel Vertrauen“ in die Demokratie, hingegen bringen 32,5 Prozent „wenig Vertrauen“ auf und 35,5 Prozent antworteten mit „Teils/teils“. Im Vergleich zu dem ausgesprochenen Misstrauen in die Handlungsfähigkeit von Politiker*innen ist das Vertrauen in die repräsentative Demokratie zwar noch relativ groß, doch zeigen sich auch hier – v.a. bei den Azubis – Erosionserscheinungen.

Die Studie von Brinkmann, Hassan-Beik & Zappino (2020) offenbart, welche Entwicklung, Auswirkungen und Gefahrenpotenziale eine empfundene Krise der politischen Repräsentation in Kombination mit multiplen Krisendynamiken birgt: Ihre Befragung von engagierten Gewerkschafter*innen verdeutlicht, dass sich die Krisenerfahrungen gerade im Beschäftigungsalltag, dem als »zentraler Erfahrungsraum gesellschaftlicher Entwicklung« (Sauer et al., 2018, S. 27) konstitutive Bedeutung für die Lebensgestaltung zugesprochen werden kann, manifestieren. Politische, ökonomische und kulturelle Krisen in Kombination mit subjektiv erfahrener Prekarität schüren nationalistische und rassistische Ressentiments (vgl. Brinkmann, Hassan-Beik & Zappino, 2020). Der *AfD* gelingt es mit antisemitischen, fremdenfeindlichen und völkisch-nationalen Parolen die Ängste politisch entwurzelter Wähler*innen zu adressieren und die Stimmen der „Verunsicherten“ (ebd., S. 155 ff.) für sich zu gewinnen.

Zwar ist der Stimmenanteil der *AfD* unter den befragten Jugendgruppen vergleichsweise gering, doch gibt deren Erfahrungen multipler Krisen, Prekarität, Angst vor Sozialabbau, Empfindungen mangelnder politischer Repräsentation sowie deren Vertrauensverlust in die Politik Grund zur Besorgnis. Vor allem das Wahlverhalten der befragten Azubis zeigt, dass 38,2 Prozent ohne Halt durch die politische Landschaft driften. Sollte es den Parteien nicht gelingen sich von ihrer postdemokratischen Blasiertheit zu lösen, den Belangen von Jugendlichen Gehör zu schenken und sich den Problemherden anzunehmen, dann besteht die Gefahr, dass ein Teil der neuen Generation von „Verunsicherten“ (ebd.) ebenfalls ins Gravitationsfeld der *AfD* gerät.

Anmerkungen

- 1 Felizitas Freundt, Maren Hassan-Beik, Klara Oeser und Joshua Seger sind ebenfalls Teil des Forschungsteams. Vielen Dank an Ulrich Brinkmann und Daniel Behruzi für die Unterstützung im Forschungsprozess und die fruchtbaren Diskussionen. Außerdem danken wir Ernst-Ludwig Laux und der „Arbeit für Alle – aber nur mit Tarifvertrag“ Stiftung, die das Forschungsprojekt finanziell unterstützt hat.

- 2 Die quantitative Erhebung wurde mit Unipark, einer Plattform für Onlineerhebungen durchgeführt. Die problemzentrierten Interviews wurden mit Hilfe des Softwareprogramms MaxQDA einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen. Die Codes der Interviews beginnen mit der Bezeichnung I und enden mit F = Fridays for Future und A = Azubis sowie einer Nummerierung. In die Erhebung fließen außerdem Informationen aus den Teilnehmenden Beobachtungen an Jugendversammlungen, der ver.di Veranstaltung „Klimabewegung und Gewerkschaften“ des Ortsvereins Darmstadt am 15. Januar 2020, einer Demonstration der Azubis am 23. Mai 2019 in Wiesbaden, einer FFF-Demonstration mit gewerkschaftlicher Teilnahme am 5. Juni 2020 in Rüsselsheim und dem Global Climate Strike am 20. September 2019 in Darmstadt ein. Die Codes der Teilnehmenden Beobachtungen beginnen mit der Bezeichnung TB und enden mit DW = Demonstration Wiesbaden, DR = Demonstration Rüsselsheim, vVD = ver.di Veranstaltung Darmstadt, JR = Jugendversammlung Rüsselsheim und KD = Klimastreik Darmstadt.
- 3 Zum Vergleich die Ergebnisse der Sonntagsfrage für die Gesamtbevölkerung vom 20.09.2019: Union 27 Prozent, SPD 14 Prozent, AfD 14 Prozent, FDP 8 Prozent, Die Linke 8 Prozent, Grüne 23 Prozent, Sonstige 6 Prozent (vgl. Infratest dimap, 2020).
- 4 In die Ergebnisse der Sonntagsfrage fließt die Antwort „Nicht/ungültig wählen“ bewusst mit ein, da v.a. mit Blick auf die Azubis der hohe prozentuale Anteil der Kategorie deren empfundenes Repräsentationsdefizit verdeutlicht.

Literatur

- Bauer, W. Riedel, O. Herrmann, F. Borrmann, D. Sachs, C. Schmid S. & Klötzke M. (2018). ELAB 2.0 Wirkungen der Fahrzeugelektrifizierung auf die Beschäftigung am Standort Deutschland. 2. Auflage. Stuttgart: Fraunhofer IAO. Abruf unter:
http://publica.fraunhofer.de/eprints/urn_nbn_de_0011-n-5313834.pdf
- Brinkmann, U. Hassan-Beik, M. & Zappino, L. (2020). Solidarität und Skepsis. Flucht, Migration, arbeitsweltliche Umbrüche und politische Entwurzelung. Hamburg: VSA.
- Brinkmann, U. & Nachtwey, O. (2017). Postdemokratie und Industrial Citizenship: Erosionsprozesse von Demokratie und Mitbestimmung. Basel: Beltz Juventa.
- Brinkmann, U. Nachtwey, O. & Décieux, F. (2013). Wer sind die 99%? Eine empirische Untersuchung der Occupy-Proteste. Otto-Brenner-Stiftung: Frankfurt am Main.
- Bundesministerium der Finanzen (2020): Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken – Ergebnis Koalitionsausschuss 3. Juni 2020. Abruf unter:
https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/2020-06-03-eckpunktepapier.pdf?__blob=publicationFile
- Castel, R. (2000). Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Castel, R. (2009). Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit. In: Castel, R. & Dörre, K. (Hrsg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts (S. 21-35). Frankfurt/ New York: Campus.
- Crouch, C. (2008). Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dörre, K. (2009). Prekarität im Finanzmarktkapitalismus. In: Castel, R. & Dörre, K. (Hrsg.), Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts (S. 35-64). Frankfurt/ New York: Campus.
- Focus (2019) Forsa-Chef Güllner: „Fridays-for-Future-Bewegung keine Vertretung der gesamten Jugend“. Abruf unter: https://www.focus.de/politik/deutschland/rtl-nt-v-trendbarometer-forsa-chef-guellner-fridays-for-future-bewegung-keine-vertretung-der-gesamten-jugend_id_11196375.html

- Fridays for Future. (2020). Unsere Forderungen für den Klimaschutz. Abruf unter:
<https://fridaysforfuture.de/wp-content/uploads/2019/04/Forderungen-min.pdf>
- Infratest dimap (2020). Sonntagsfrage (bundesweit) vom 20.09.2019. Abruf unter:
<https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>
- Neubauer, L. (2020). Das Aber beim Konjunkturpaket: Knapp daneben ist auch vorbei. Abruf unter:
<https://www.stern.de/politik/luisa-neubauer/bundesregierung-und-das-konjunkturpaket--knapp-daneben-ist-auch-vorbei-9291386.html>
- Sauer, D., Stöger, U., Bischoff, J., Detje, R. & Müller, B. (2018). Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche. Hamburg: VSA.
- Stahn, P. (2020). Opel: Mensch vor Marge? Fehlanzeige! In: Sozialismus (2-2020). S. 57-59.
- Urban, H.-J. (2020). Transformation als Bewährungsprobe. Warum eine sozial-ökologische Reformalaniz eine un-verzichtbare, aber schwierige Angelegenheit bleibt. In: Sozialismus (9-2020). S. 34-41.
- Zeit (2020a). Darüber spricht der Bundestag. Abruf unter:
<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/bundestag-jubilaeum-70-jahre-parlament-reden-woerter-sprache-wandel>
- Zeit (2020b). „Wir sind zu frustrierten Aktivisten geworden“. Abruf unter:
<https://www.zeit.de/campus/2020-08/fridays-for-future-jakob-blasel-klimaaktivismus-radikal-kandidatur-bundestag>
- Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (2019). Wort des Jahres Schweiz 2019 ist gewählt. Abruf unter:
<https://www.zhaw.ch/storage/hochschule/medien/news/191203-mm-de-wort-des-jahres.pdf>